

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Juni 2010



## Seit Ordnungspolitik zur Sache der Chefin wurde

Ob sich die Bundeskanzlerin ein wenig gewundert hat? Es ist zwar nicht ungewöhnlich, dass sich Kurt Lauk, der Präsident des CDU-Wirtschaftsrates, Sorgen um das normsetzende Verteilungsbild und das faktische Verteilungsergebnis des Einkommensteuerrechtes macht. Das waren bisher immer Sorgen, die einer als unmäßig empfundenen Besteuerung des oberen Teils der Einkommenspyramide galten. Nun aber kommt aus der Ecke von Anwälten des Maßes im Dienste der wirtschaftlichen Dynamik, eben aus dem Wirtschaftsrat der CDU, die Anregung, den Spitzensatz der Einkommensteuer anzuheben.

Eigentlich müsste die Adressatin dieser seltsam ermutigenden Aufforderung zur Steuererhöhung, die Bundeskanzlerin, sich über diese Stellungnahme doch sehr gewundert haben. Ausgerechnet der Wirtschaftsrat plädiert für einen höheren Spitzensteuersatz? Das tut er doch wohl, um damit das Thema „Der Konsolidierungsbeitrag der Reichen“ für erledigt zu erklären. Es ist aber auch nicht auszuschließen, dass die Kanzlerin sich nicht nur deswegen nicht gewundert hat, weil sie – sozusagen von Schwester zu Bruder – die Taktik durchschaut hat. Dieser merkwürdig anmutende Appell zur Erinnerung an den politischen Nutzwert der Gerechtigkeit der Besteuerung passt in das ordnungspolitische Herumtänzeln, das die Kanzlerin sich leider angewöhnt hat.

Auf ein erkennbares Ordnungsziel und eine entsprechend führende Handlungsmaxime kommt es in der deutschen Wirtschaftspolitik – von der Sicherung der realwirtschaftlichen Grundlagen der Sozialpolitik bis zum Schutz der „No-bail-out“-Klausel im Vertrag über die Währungsunion – immer weniger an. Es überwiegt das Taktische und das Opportune. Seit Ordnungspolitik zur Sache der Chefin geworden ist, ist eine verlässliche Trennlinie des Falschen vom Richtigen immer häufiger nicht mehr zu erkennen: nicht aus Irrtum, sondern wegen des Hantierens mit der Taktik.

*Hans D. Barbier*

## Einsparpotentiale – dringend gesucht

Um den Staatshaushalt zu sanieren, will die Bundesregierung sparen. Unklar und strittig ist, wo. Das Umweltbundesamt könnte (UBA) helfen: Durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen wären knapp 50 Milliarden € pro Jahr gespart.

Das Sparen würde sich lohnen, denn umweltschädliche Subventionen belasten den Staatshaushalt doppelt: Aktuell durch Mehrausgaben und Mindereinnahmen sowie künftig durch erhöhte Kosten, um Schäden an Umwelt und Gesundheit zu beheben.

Die UBA-Studie belegt, dass im Vergleich zum Jahr 2006 keine Fortschritte beim Abbau umweltschädlicher Subventionen erzielt wurden, im Gegenteil: Sie stiegen von damals knapp 42 Milliarden € auf gut 48 Milliarden € im Jahr 2008. Besonders stark gewachsen sind Subventionen für den Energie- und den Verkehrssektor. Fast die Hälfte der Subventionen begünstigt zudem direkt den Verbrauch fossiler Energieträger. Alles in allem werden dadurch die Anstrengungen zum Klimaschutz unterlaufen, wenn nicht zunichte gemacht.

Das tatsächliche Volumen umweltschädlicher Subventionen liegt möglicherweise noch über der vom UBA ermittelten Summe, da die Studie hauptsächlich Subventionen auf Bundesebene betrachtet. För-

derprogramme der Länder oder der Kommunen sowie über den EU-Haushalt laufende Subventionen fließen nur ansatzweise ein.

[www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien](http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien)

## Standort D: Trotz Krise gefragt

Obwohl die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr überdurchschnittlich stark geschrumpft ist, hat Deutschland als Standort kaum gelitten. Das hat eine Befragung ausländischer Manager durch die Unternehmensberatung „Ernst & Young“ ergeben. 38 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass die Attraktivität Deutschlands als Investitionsziel sogar gestiegen sei. Nur neun Prozent werteten den „Standort D“ weniger attraktiv. Auch die Bereitschaft, in Deutschland zu investieren, hat zugenommen: 40 Prozent der befragten Manager planen, in Deutschland zu investieren; im Vorjahr lag der Wert bei 31 Prozent.

Besonders gute Noten erhält die Bundesrepublik vor allem für die Infrastruktur. Auch die Lebensqualität und die Qualifikation der Arbeitnehmer wurden von den befragten ausländischen Managern besonders positiv gesehen. Die vermeintlich hohe Besteuerung von Unternehmen und die Arbeitskosten wurden dagegen negativ gewertet.

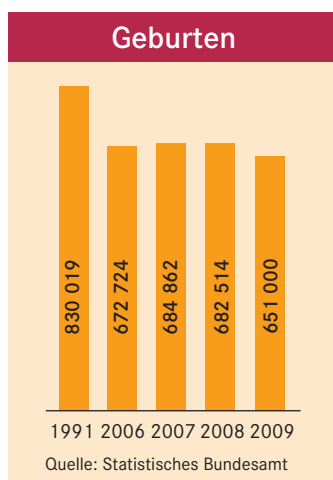
[www.ey.com/DE/de/Newsroom/](http://www.ey.com/DE/de/Newsroom/)

## Geburten weiter rückläufig

Das Statistische Bundesamt hat festgestellt, dass noch nie so wenige Kinder in Deutschland geboren wurden wie im Jahr 2009. Im vergangenen Jahr kamen 651 000 Babys – rund 31 500 weniger als im Jahr davor – zur Welt.

Auch das Elterngeld, das seit seiner Einführung Anfang 2007 von Ursula von der Leyen als Bundesfamilienministerin mit großem Nachdruck beworben wurde, konnte das Absinken nicht stoppen. Kristina Schröder, die inzwischen von der Leyens Nachfolge als Familienministerin angetreten hat, begründet den neuerlichen Geburtenrückgang damit, dass es in Deutschland weniger Frauen im gebärfähigen Alter gebe: Allein in den vergangenen vier Jahren sei die Zahl der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren in Deutschland um mehr als eine halbe Million gesunken. Lichtblick in den Augen der Ministerin: Die Zahl der Kinder pro gebärfähiger Frau sei weitgehend stabil.

[www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/)



## Denk' ich an Europa in der Nacht, ...

Die Versuche der Europäischen Union, die Griechenland-Krise einzudämmen, brachten es an den Tag: Das derzeit geltende Regelwerk für die Mitgliedschaft in der Euro-Zone taugt nicht für wirtschaftliche Schlechtwetter-Zeiten.

Sparen ist an der Tagesordnung, nicht nur in Deutschland, sondern europaweit. Beinahe im Wochenrhythmus präsentiert derzeit irgendeine europäische Regierung ihren Sparplan. Im Herbst 2008, gerade einmal vor eineinhalb Jahren, sah das anders aus. Damals versuchten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs gegenseitig mit Konjunkturpaketen zu übertreffen, um die Realwirtschaft vor den Folgen der Banken- und Finanzkrise zu retten.

Dabei setzten die Regierungen auf unterschiedliche Maßnahmen, von einem koordinierten Vorgehen in Europa keine Spur: Deutschland schnürte zwei Konjunkturpakete kurz hintereinander und subventionierte damit unter anderem die Automobilindustrie mit der „Abwrackprämie“. Frankreich wollte die Binnennachfrage mit einer Mehrwertsteuersenkung und höheren Sozialleistungen ankurbeln. Italien erhöhte Staatsausgaben und Subventionen. Andere EU-Regierungen agierten ähnlich.

### Staatliche Konjunkturstützen nicht kostenfrei

Inzwischen stellen die Regierungen der Euro-Zone – ihr gehören 16 der 27 EU-Staaten an – fest: Die strukturellen Ungleichgewichte in Europa haben sich trotz der Interventionen nicht verringert, son-

dern sind gewachsen. Nach überwiegender Meinung haben die Konjunkturpakete in der Krise zwar Schlimmeres verhindert, doch der Preis dafür ist hoch. Inzwischen haben allein die Länder der Euro-Zone insgesamt 7,1 Billionen € Schulden aufgetürmt. Die Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben – das staatliche Defizit – dieser Länder hat sich seit 2007, dem Jahr vor der Krise, von 55 Milliarden € auf 565 Milliarden € mehr als verzehnfacht. Allein in den beiden Jahren 2009 und 2010 werden die gesamten Schulden in der Euro-Zone um eine weitere Billion steigen. Manchem Mitglied der Euro-Zone droht inzwischen sogar der Staatsbankrott!

De facto wurden zur Krisenbekämpfung europäische Verträge ignoriert oder geändert: Die Regeln für die Neu- und für die Gesamtverschuldung der EU-Volkswirtschaften sind nahezu wertlos. Auch das Bail-out-Verbot – für selbstverschuldete Schief lagen in den Staaten der Europäischen Union (EU) haften andere EU-Mitglieder nicht – ist im Falle Griechenlands beseitigt worden. Insgesamt 750 Milliarden €, 500 Milliarden € der EU sowie 250 Milliarden € des Internationalen Währungsfonds (IWF), stehen inzwischen zusätzlich bereit, um kommende Schief lagen nach dem Muster Griechen-

lands zu verhindern. Inzwischen fungiert die Europäische Zentralbank – einst als politisch unabhängige Hüterin zur Wahrung der Geldwertstabilität gedacht – als „bad bank“, denn sie muss auf politischen Druck maßgeblicher EU-Länder Staatsanleihen kaufen, die auf dem Kapitalmarkt sonst niemand mehr haben will. „Schrottpapiere“ für die EZB: Welcher Grundsatz der europäischen Regelungen wird als nächstes gekippt?

### Maastricht-Kriterien suspendiert

Die Neuverschuldungsgrenze des Maastrichter Vertrages wird dieses Jahr nicht nur in den Ländern der Euro-Zone, sondern in nahezu allen europäischen Staaten obsolet sein. Dabei sind es weniger die Hilfgelder für den Finanzsektor, die häufig in Schattenhaushalten zwischengelagert sind und in den offiziellen Schuldenstatistiken nicht zwangsläufig zubuche schlagen. Sehr viel mehr hat die Krise der Realwirtschaft, die der Finanzkrise folgte, die Staatshaushalte dramatisch belastet. Mit dem Rückgang der wirtschaftlichen Leistung schrumpften die steuerpflichtigen Gewinne der Unternehmen; mit steigender Arbeitslosigkeit verringerten sich die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer; mit rückläufigem Volkseinkom-



„Denk' ich an Deutschland in der Nacht,  
dann bin ich um den Schlaf gebracht.  
Ich kann nicht mehr die Augen schließen,  
und meine heißen Tränen fließen.“

Heinrich Heine

men sanken auch die indirekten Steuereinnahmen, beispielsweise aus der Mehrwertsteuer.

Während also die Staatseinnahmen gesunken sind, sind Ausgaben und Zuschüsse für die Sozialsysteme gestiegen. Ohne Wirtschaftsaufschwung werden die meisten europäischen Staaten die Maastricht-Kriterien von drei Prozent Neuverschuldung – gemessen am BIP – noch lange verletzen. Besonders dramatisch ist die finanzielle Situation in Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien – aus den zusammengesetzten Anfangsbuchstaben der Länder wurden daraus die sogenannten PIIGS-Staaten. Griechenland (13,6 Prozent) und Irland (14,3 Prozent) sind mit Abstand die Spitzenreiter in Sachen Neuverschuldung. Spanien (11,2 Prozent) und Portugal (9,4 Prozent) liegen ebenfalls deutlich über der Maastricht-Grenze. Italiens Neuverschuldung liegt mit 5,3 Prozent zwar um ein Prozent unter dem EU-Durchschnitt, dafür weist das Land eine Staatsschuldenquote von knapp 116 Prozent aus.

### Europa 2010: Sparen, sparen, sparen

Ob auf Druck der Finanzmärkte oder aus der Erkenntnis, dass die Verschuldung ausufert, sollen nun europaweit die Staatsfinanzen saniert werden: Griechenland musste bereits Sparmaßnahmen in verschiedenen Bereichen einleiten, um Gelder der EU und des IWF zu bekommen. Neben dem Stellenabbau im öffentlichen Dienst

und der Kürzung von Beamtenbezügen treffen die Sparmaßnahmen vor allem den griechischen Bürger: Die Mehrwertsteuer wurde um vier Prozentpunkte erhöht, Steuern und Abgaben, zum Beispiel auf Tabak, Alkohol, Immobilien und Luxusgüter, wurden angehoben. Parallel dazu senkt der Staat öffentliche Investitionen.

Auch Italien fährt staatliche Investitionen zurück, streicht Transferleistungen für die Regionen und plant höhere Abgaben. Portugal spart bei Sozialleistungen, erhöht Mehrwert- und Einkommensteuer und verkauft Staatseigentum im Wert von sechs Milliarden €. Frankreich setzt auf die Erhöhung des Rentenalters; im öffentlichen Dienst soll jede zweite Stelle nicht neu besetzt werden, und noch in diesem Jahr will Paris durch das Schließen von Steuerschlupflöchern fünf Milliarden € zusätzlich einnehmen.

Deutschland will ebenfalls sparen, um das staatliche Defizit zurückzufahren: Weniger Personal im öffentlichen Dienst, Kürzungen bei den Ausgaben für Arbeitslosengeld-II-Bezieher sowie Einnahmeerhöhungen aus „Brenn-elementesteuer“, „Luftverkehrsabgabe“ und noch zu konkretisierende Einsparungen, zum Beispiel bei der Bundeswehr, sollen in den kommenden vier Jahren bis zu 80 Milliarden € weniger Staatsausgaben ergeben.

Doch gleichgültig, in welchen Bereichen die Regierungen mit ihren Sparbemühungen ansetzen, letzten Endes handeln alle nach dem üb-

lichen Muster: Mehr Steuern oder weniger staatliche Leistungen – oder beides.

### Wirtschaftspolitisches Einerlei in Europa

Andere Optionen, zum Beispiel strukturschwache EU-Länder wie die PIIGS-Staaten durch Lohnsenkungen wettbewerbsfähiger zu machen, scheitern, wenn zeitgleich alle europäischen Staaten diese Strategie verfolgen. Im Verhältnis zwischen den EU-Ländern ändert sich nichts, allenfalls im internationalen, außereuropäischen Vergleich würden Kostensenkungen wirken.

Alle Länder haben dabei die gleichen Probleme: Verdienen Arbeitnehmer weniger Geld – sei es durch höhere Steuern und Abgaben, sei es zusätzlich durch Lohn- und Gehaltskürzungen –, sinkt das verfügbare Einkommen, dass für den Lebensunterhalt benötigt wird. Es wird entweder weniger ausgegeben oder mehr gespart – oder beides –, um für die erwarteten schlechten Zeiten ein bisschen besser gerüstet zu sein. Das heißt: Es wird in jedem Fall weniger gekauft. Unternehmer werden weniger verkaufen und infolge dessen Probleme bekommen. Gleichzeitig zahlen alle weniger Steuern, während die immensen Altschulden der Staaten erhalten bleiben. Somit ändert sich am Defizit der Staatshaushalte kaum etwas.

Und: Wer soll deutsche Produkte kaufen, wenn europaweit weniger nachgefragt wird? Für Deutschland ist das besonders brisant, denn immerhin exportiert die deut-

sche Wirtschaft rund zwei Drittel der für das Ausland bestimmten Güter und Dienstleistungen in europäische Nachbarländer.

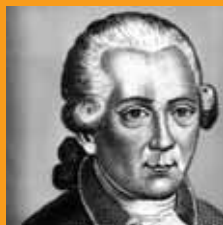
### Gesucht: Europäischer Allwetterschutz

Die Mitgliedsländer der Euro-Zone sehen sich einer fundamentalen Krise gegenüber, zu deren Lösung plumpe Attacken auf „gierige Spekulanten“ wenig beitragen. Es scheint, die europäischen Regierungen haben sich keine Gedanken gemacht, was geschehen könnte – und wie zu reagieren wäre –, wenn eine wirtschaftliche Schönwetterperiode zu Ende geht. Allen Warnungen zum Trotz wurde über Jahre die Chance vertan, Vorkehrungen für Krisenfälle zu treffen.

Die führenden europäischen Politiker haben nunmehr recht überschaubare Optionen, um die verfahrenere Situation zu retten. Sie könnten erneut versuchen, ein eindeutiges, klares Rahmenwerk zu schaffen, um die grundlegenden Regeln der Währungsunion zu revitalisieren. Aber: Wenn die bisherigen europäischen Vertragswerke im Fall der Fälle missachtet werden – wodurch sollte das in den kommenden Jahren verhindert werden?

Die Politik könnte auch die weitgehende wirtschaftspolitische Integration beschließen, mit einer für die gesamte EU geltenden einheitlichen, zentralen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ob aber durch mehr Integration das Europa entsteht, das Willen und Wohl der Bürger entspricht?

Andreas Schirmer



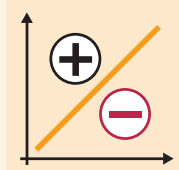
„Wenn alle das Gleiche denken,  
denkt keiner richtig.“

Georg Christoph Lichtenberg

## IM KLARTEXT

Jun 2010

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im Juni 2010

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung

Im Mai zählte die Bundesagentur für Arbeit (BA) rund 3,2 Millionen Arbeitslose; weniger Menschen ohne Arbeit im Monat Mai gab es zuletzt 1992. Im Vergleich zum Mai des Vorjahres sank die offizielle Arbeitslosenzahl um rund 200 000.

Als Arbeitsuchende waren im Mai 2010 insgesamt 5,8 Millionen Frauen und Männer registriert, 129 000 (2,2 Prozent) weniger als im Mai 2009. Die in der BA-Statistik ausgewiesene „Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit“ betraf

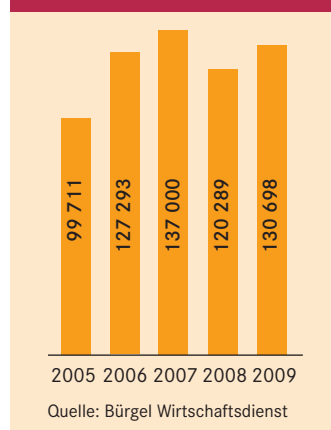
rund 4,4 Millionen Menschen; das waren rund 87 000 (1,9 Prozent) weniger Betroffene als im Vorjahresvergleich. Aber: Nach wie vor wirkt sich insbesondere bei den offiziell gemeldeten Arbeitslosenzahlen die zu Jahresbeginn 2010 neuerlich geänderte Zählweise auf die Statistik aus.

### Eigenverantwortung

Die Schulden wachsen, auch bei den Privatpersonen: Die Zahl der privaten Insolvenzen ist 2009 um fast neun Prozent angestiegen, und im ersten Quartal 2010 meldeten bereits 34 710 Personen eine Privatinsolvenz an, im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Zuwachs von 13,8 Prozent.

Laut „Schuldenbarometer“ der Wirtschaftsauskunftei Bürgel sind immer mehr junge Menschen von Armut und Bankrott bedroht. Der Informationsdienst sieht als Hauptgrund für den rapiden Zuwachs die Finanz- und Wirtschaftskrise. Besonders bei jungen Menschen gibt es einen „dramatischen Anstieg“ von Privatinsolvenzen. Die Quote bei den 18- bis 25-Jähri-

### Privatinsolvenzen



gen kletterte im Untersuchungszeitraum 2008/2009 um 72 Prozent.

Teilweise hohe Konsumansprüche sowie ein noch relativ geringes Einkommen, dem hohe Belastungen aus Familien- und Haushaltsgründungen gegenüber stehen, führten bei den jungen Menschen in die Pleite. Zudem verfügen gerade die Jüngeren kaum über finanzielle Rücklagen, um Zahlungseingänge auszugleichen. All diese Faktoren treiben die Überschuldung voran. Die Einstellung „Kaufe jetzt, zahle später“ funktioniert nicht auf Dauer.

### Geldwertstabilität

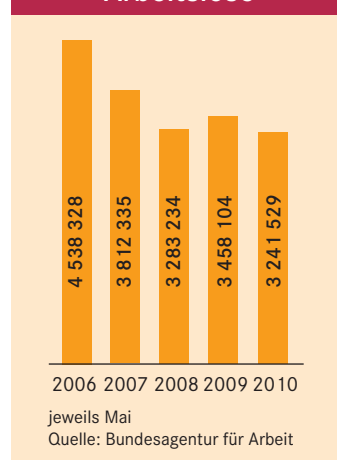
Die Kaufkraft eines Euros ist nicht überall in Europa gleich. Wer demnächst seinen Sommerurlaub antritt, wird – je nach Urlaubsregion – mehr oder weniger für seinen Euro kaufen können. Beim Besuch in ost- und mitteleuropäischen Ländern können ungefähr 20 Prozent mehr für einen Euro gekauft werden als in Deutschland. In den „alten“ EU-Ländern ist die Kaufkraft für deutsche Reisende geringer. Besonders kostspielig ist zurzeit ein Urlaub in Dänemark: Für einen Euro erhält der Tourist dort nur Waren im Gegenwert von 79 Cent.

### Euro-Kaufkraft

Ein Euro in Deutschland entspricht in:	
Polen	1,21 €
Kroatien	1,09 €
Portugal	1,01 €
Großbritannien	1,00 €
Griechenland	0,96 €
Spanien	0,96 €
Österreich	0,94 €
Schweiz	0,80 €
Dänemark	0,79 €

Quelle: Bundesverband Deutscher Banken

### Arbeitslose



### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture alliance/akg (innen), dpa-Bildarchiv

Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*